

Schriftenreihe der Stiftung  
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Edition Friedrich Ebert Reden  
Band 1: Reden als Reichspräsident  
(1919–1925)

# Friedrich Ebert – Reden als Reichspräsident (1919–1925)

Herausgegeben und bearbeitet von  
Walter Mühlhausen



## Mitarbeit bei Recherche, Annotation und Redaktion: Sebastian Parzer

Die Stiftung wird gefördert aus Mitteln  
der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4234-3

© 2017 by  
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH  
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn  
Umschlag: Jens Vogelsang, Aachen  
Satz: just in print, Bonn  
Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck  
Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2017

Besuchen Sie uns im Internet: [www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)

*Foto rechte Seite:*

*Friedrich Ebert bei der Ansprache an Bergarbeiter in Hamm am 18. März 1923 (Dok. 73 B).*

*Abb. Seite 6:*

*Entwurf der Ansprache für den Neujahrsempfang des diplomatischen Korps 1923, mit handschriftlichen Korrekturen von Friedrich Ebert (Dok. 67).*

## Inhaltsverzeichnis

Ein Wort des Dankes .....	8
Vorwort des Bundespräsidenten .....	9
Einleitung: Reichspräsident Friedrich Ebert als Redner .....	11
Zur Einrichtung der Edition .....	41
Verzeichnis der Dokumente .....	51
Dokumente	
1919 .....	59
1920 .....	135
1921 .....	166
1922 .....	177
1923 .....	276
1924 .....	331
1925 .....	384
Sechs Ansprachen bei der Akkreditierung ausländischer Diplomaten	390
Anhang	
Verzeichnis der Abkürzungen .....	407
Verzeichnis der abgekürzten Literatur .....	409
Personenregister .....	413
Ortsregister .....	418
Register der Zeitungen .....	420
Bildnachweis .....	422

## Vorwort

Betritt man den Berliner Amtssitz des Bundespräsidenten – das Schloss Bellevue – so fallen einem sofort zwei Portraits in der Eingangshalle auf. Das eine zeigt den ersten Bundespräsidenten, Theodor Heuss, der maßgeblich das Amt und seine Ausübung durch seine Nachfolger geprägt hat. Das andere zeigt den ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, Friedrich Ebert. Dass sein Porträt hier hängt verdeutlicht, welchen Respekt der erste demokratische Reichspräsident bei allen Bundespräsidenten genossen hat.

Es war Friedrich Ebert keineswegs in die Wiege gelegt, dass er später einmal Staatsoberhaupt eines demokratischen Deutschlands werden sollte. Als Sohn eines Handwerkers absolvierte er eine Sattlerlehre und engagierte sich bereits als junger Mann politisch in der Gewerkschaft und in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Über verschiedene politische Stationen wurde er schließlich Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Nach Abdankung Wilhelms II. wurde Friedrich Ebert zu einem der entscheidenden politischen Akteure, der sich für eine Demokratisierung Deutschlands einsetzte.

Am 11. Februar wählte die Weimarer Nationalversammlung Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten und damit zum ersten demokratisch legitimierten Staatsoberhaupt Deutschlands. Als Reichspräsident sah sich Ebert vielfältigen Angriffen sowohl von rechts- als auch von linksextremistischen Kräften ausgesetzt und nicht zuletzt von den alten Eliten. Gegen persönliche Beleidigungen und Verleumdungen versuchte er sich meist vergeblich mit juristischen Mitteln zur Wehr zu setzen. Für die Gegner der Weimarer Republik war der Reichspräsident die personifizierte Zielscheibe für Polemik, Spott und Häme.

Seine politische Grundhaltung, als Beauftragter des ganzen Volkes zu handeln, fand nur wenig Widerhall bei den Eliten des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft – ebenso wenig auch in weiten Teilen der Bevölkerung, der es oft genug noch an einem rechtsstaatlichen und demokratisch-republikanischen Bewusstsein fehlte. Gleichwohl kommt in Friedrich Eberts Amtsverständnis bereits eine Haltung zum Ausdruck, die bis heute die Erwartung an das Staatsoberhaupt in Deutschland maßgeblich prägt: Der Präsident soll parteipolitisch neutral sein, mahnen, auf Missstände hinweisen, Richtung und Orientierung geben und die rechtsstaatliche Demokratie insgesamt repräsentieren.

Friedrich Ebert verkörpert den positiven Teil der Weimarer Republik, die vielleicht weniger an den Konstruktionsmängeln der Weimarer Reichsverfassung zu Grunde gegangen ist als viel mehr am Mangel eines demokratisch-rechtsstaatlichen Bewusstseins weiter Teile der Bevölkerung und wohl auch des späteren Reichspräsidenten Paul von Hindenburg.

Anders als in unseren Tagen die Reden des Bundespräsidenten wurden die des Reichspräsidenten Friedrich Ebert nicht vollständig bereits zur damaligen Zeit dokumentiert. Umso verdienstvoller ist das schwierige Unterfangen der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, die Reden Friedrich Eberts nachzuzeichnen und zu dokumentieren. Dies wird dazu beitragen, die Kenntnisse und die Erkenntnis über sein Wirken als Politiker und Staatsmann zu verbessern und dazu beitragen, die Geschichte der Weimarer Republik verständlicher zu machen. Und jeder, der sich mit dieser Geschichte beschäftigt, wird sich zudem bewusst machen, dass wir auch heute unsere Demokratie als Demokraten, als Bürger zu gestalten und zu verteidigen haben.

Berlin, im Januar 2017

A handwritten signature in black ink, reading "Joachim Gauck". The signature is written in a cursive style with a large, sweeping initial 'J'.

Joachim Gauck

## Einleitung: Reichspräsident Friedrich Ebert als Redner

»Die Rede [...] war sehr anständig, mit dem Verstande beurteilt, läßt sich nicht viel daran aussetzen. Im Ganzen wirkte sie aber etwas matt, zögernd, wo er den Sozialismus betonen wollte, kein Schwung und keine Größe; wo prophetische Äußerungen getan wurden, wollten sie aus diesem Munde nicht recht überzeugen. Die Rede trug den Charakter der Persönlichkeit, wohlwollend, gutartig, aber spießbürgerlich. Wäre es anders ausgefallen, so hätte sie an Ehrlichkeit verloren.«<sup>1</sup> So schilderte Marguerite Petersen, die Frau des liberalen Hamburger Senators Carl Petersen, die erste Rede in einem demokratischen deutschen Reichsparlament: die Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 in Weimar durch den SPD-Parteivorsitzenden Friedrich Ebert, Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, der revolutionären Übergangsregierung.<sup>2</sup> Die Frau des Hamburger Abgeordneten hatte mehr vom Auftakt der Republik erwartet, insbesondere vom Redner. Aber diese Zurückhaltung im Äußeren und auch in der Rede war von den Verantwortlichen so gewollt, weil – wie die liberale »Vossische Zeitung« im Vorfeld geschrieben hatte – »das deutsche Reich gegen jeden Prunk sei, und sei er auch nur rhetorischer Art«. Und das SPD-Zentralorgan »Vorwärts« ließ seine Leser am Tag der Parlamentseröffnung wissen, dass diese Feier »ohne großes Pathos und ohne weit ausholende Gesten, die unserem Wesen nicht liegen«, erfolgen werde.<sup>3</sup>

So wertete Marguerite Petersens Mann, der Abgeordnete der (links-)liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die Eröffnung als der ganzen Situation angemessen. Petersen, der Ebert geraume Zeit später als »Typus eines deutschen Arbeiters, der in Gewerkschaftsbewegungen sich gebildet hat«, charakterisierte, von dem er »den Eindruck eines ruhig denkenden, sehr gutartigen Menschen, ohne höheren Gedankenflug, ohne starkes Temperament«, gewonnen hatte<sup>4</sup>, notierte im Tagebuch: »Ebert spricht sachlich und gut, ohne begeisternden Schwung. Er findet nur auf der äußersten Linken und äußersten Rechten gelegentlich Widerspruch und Zurufe [...]. Am Ende dieser Rede hatte er starken Beifall. Nach meiner Meinung entsprach die Rede der ernststen schwierigen Lage Deutschlands und war gerade durch ihre Sachlichkeit geeignet, schärferen

1 StAH, Bestand Petersen M 1: Marguerite Petersen (aus Weimar) an ihre Mutter, 7. Februar 1919.

2 Siehe Dok. 1; zur Begründung der Aufnahme dieser Rede in die Edition siehe »Zur Einrichtung der Edition«.

3 »Vossische Zeitung« Nr. 65 vom 5. Februar 1919; »Vorwärts« Nr. 68 vom 6. Februar 1919.

4 StAH, Bestand Petersen L 62: Tagebuch von Carl Petersen über den Aufenthalt in Weimar, 2.–19. Februar 1919, S. 43.

Widerspruch auf Seiten der Flügelparteien hinten anzustellen.«<sup>5</sup> Demgegenüber ging sein Parteikollege, der Kasseler Oberbürgermeister und Abgeordnete Erich Koch-Weser, mit dem Auftakt, und somit auch der Rede Eberts, scharf ins Gericht. Es habe über der ganzen »Eröffnung der neuen Zeit ein gewisser Hauch einer fast handwerklichen Biederkeit und journalistischer Geschäftsmäßigkeit, die von revolutionärer Größe ebenso weit entfernt ist wie von staatsmännischer Klugheit«, gelegen.<sup>6</sup>

Die Presse – sofern sie zum demokratischen Lager zu zählen ist – wertete den Auftakt der neuen Republik als zeitgemäß, die Rede Eberts jedoch bisweilen als etwas schwunglos, getragen vom »Geist nüchternen Geschäftsmäßigkeit«.<sup>7</sup> Ebenfalls in diese Richtung gehend kommentierte Theodor Wolff die Eröffnung in seinem Leitartikel des »Berliner Tageblatts«: »An den äußeren Glanz des zusammengebrochenen Regimes erinnert an diesem historischen Tage so gut wie nichts. [...] Es wirkte nicht sehr imposant, war ein wenig wie eine Rückkehr zu einfachen Sitten und bescheidenen Ansprüchen, aber es erweckte [...] den Eindruck volkstümlicher Rechtschaffenheit.«<sup>8</sup> Der liberale Publizist urteilte privatim jedoch anders, wenn er im Tagebuch notiert, dass die »ganze Sitzung ohne Stimmung und Größe«, zudem »spießbürgerlich und im Verlauf schwunglos« gewesen sei und Ebert »wie ein braver Handwerksmeister« gewirkt habe.<sup>9</sup>

In der gleichen Ausgabe des »Berliner Tageblatts«, in der Wolff seine durchaus positiv gefassten Eindrücke öffentlich machte, kommentierte sein Kollege Erich Dombrowski den ersten Auftritt eines Redners in einem demokratischen Nationalparlament: »Ebert, der Volksbeauftragte, erhebt sich gemächlich von seinem Sitz, setzt sich eine goldumrandete Brille auf, legt ein Zettelmanuskript auf das Rednerpult [...] und beginnt zu sprechen. Langsam und ruhig, fast behäbig. Obgleich er ein guter Redner ist, der leicht und gefällig ex tempore spricht, klammert er sich doch diesmal genau an das Manuskript. Denn es kommt in dieser entscheidenden Stunde auf jedes Wort an. Ohne Pathos, ohne innere Erregung spricht er aus, was er zu sagen hat.«<sup>10</sup> Den gleichen Eindruck hatte der Schweizer Gesandte Philippe Mercier: »Ebert, der ein guter Redner ist, las alles wörtlich vom Manuskript ab. Alles war so wohlüberlegt und genau abgewogen, dass ich annehme, dass die Rede vorher vom Rate der Volksbeauftragten ausgefeilt und genehmigt wurde.«<sup>11</sup>

5 Ebd., S. 16.

6 GÜNTER ARNS: Erich Koch-Wesers Aufzeichnungen vom 13. Februar 1919, in: VfZ 17 (1969), S. 96–115, hier S. 106.

7 So die »Kieler Zeitung« Nr. 64 vom 7. Februar 1919.

8 »Berliner Tageblatt« Nr. 56 vom 7. Februar 1919.

9 WOLFF, Tagebücher, S. 681.

10 »Berliner Tageblatt« Nr. 56 vom 7. Februar 1919.

11 So im Bericht vom 7. Februar 1919 an das Berner Außenamt; Schweizerisches Bundesarchiv Bern, E 2300 Berlin 20, pag. 68.



Es war in der Tat für einen führenden Sozialdemokraten, der seinen Aufstieg innerhalb der Arbeiterbewegung auch seinem Redetalent verdankte, der in seinen Bremer Jahren den Ruf eines volksnahen Redners genossen hatte und dem die preußischen Behörden 1910 ausgesprochenes Redetalent attestiert hatten<sup>12</sup>, nun doch recht ungewöhnlich, eher nüchtern und vom Blatt ablesend das erste demokratische Parlament zu eröffnen. Aber in diesem historischen Moment, dem Moment der Zeitenwende, war höchste Sorgfalt Pflicht. Es schien daher geboten, vom vorgefertigten Manuskript vorzutragen. Der gewöhnlich mit äußerst spitzer Feder Politik und Politiker seiner Zeit kommentierende Harry Graf Kessler hielt im fernen Berlin, im Gegensatz zu seiner sonst bissig-ironischen Art, in seinem Tagebuch kurz und prägnant fest: »Eberts Rede schön und würdig [...].«<sup>13</sup>

Dennoch wird man konstatieren müssen, dass einige Zuhörer, besonders im linken Teil des Saales, diese Rede wohl als zu nüchtern für den Beginn einer neuen, einer demokratischen Epoche empfanden. Sie hatten sicherlich mehr Leidenschaft und Visionäres erhofft. Aber Ebert hielt diese Zurückhaltung für notwendig, obwohl er vom Naturell her sicher auch anders hätte auftreten können. Zudem war es eine historische Situation, die besondere Anforderungen an den Redner stellte. Ausgewogenheit und Mäßigung in der Wortwahl erschienen Ebert als Gebot der Stunde, stand man doch an der Wiege einer neuen Staatsordnung, die eben nicht von allen begeistert begrüßt wurde – auch von vielen nicht, die auf den Bänken der Abgeordneten saßen. Auf deren Befindlichkeiten galt es Rücksicht zu nehmen. Diese hier schon offenbarte Zurückhaltung legte Ebert auch später an den Tag, wenn er als Staatsoberhaupt in öffentlichen Auftritten für Republik und Demokratie werben sollte.

Ebert präsentierte sich bei seiner ersten Rede in Weimar schon mehr als Staatsmann denn als Parteipolitiker – auch wenn das in der konservativen Presse größtenteils so nicht anerkannt wurde. So schrieb »Der Tag«, dass Ebert in dieser Rede nur schwer den »Parteihauptling in dem Reichsregenten« habe verbergen können. In das gleiche Horn stieß die »Deutsche Tageszeitung« mit der Schlagzeile »Parteipolemik als Eröffnungsgruß«.<sup>14</sup> Selbst das angesehene

12 In dem Bericht (Verfasser ungenannt) an das Berliner Polizeipräsidium vom 22. März 1910 heißt es, dass Ebert sich schon früh durch seine agitatorischen Tätigkeiten als Redner ausgebildet habe und »heute« als »redebegabter Genosse« bezeichnet werde; Bericht in: DIETER K. BUSE (Hrsg.): Parteiagitation und Wahlkreisvertretung. Eine Dokumentation über Friedrich Ebert und seinen Wahlkreis Elberfeld-Barmen 1910–1918, Bonn/Bad Godesberg 1975, S. 5.

13 HARRY GRAF KESSLER: Das Tagebuch. Siebter Band 1919–1923. Hrsg. von ANGELIKA REINTHAL unter Mitarbeit von JANNA BRECHMACHER und CHRISTOPH HILSE, Stuttgart 2007, S. 124 (Eintragung vom 6. Februar 1919).

14 »Der Tag« Nr. 56 vom 7. Februar 1919; »Deutsche Tageszeitung« vom 7. Februar 1919. Dagegen schrieb die deutschnationale »Weimarer Zeitung« Nr. 33 vom 6. Februar 1919 trotz einiger Kritik von »klug abgewogenen Worten«.

Zentrumsblatt »Kölnische Volkszeitung« schoss mit großem Kaliber auf Ebert, der sich als »Sozialdemokrat von der landläufigen Phraseologie seiner Partei und von den inhaltslosen Schlagworten« nicht habe freimachen können.<sup>15</sup> In den Augen des Abgeordneten Gustav Stresemann von der (rechts-)liberalen Deutschen Volkspartei (DVP) war es, so schrieb er seiner Frau Käte, schlichtweg eine parteipolitische Rede.<sup>16</sup> Und Anton Erkelenz von der DDP bezeichnete die Ausführungen gar als »Parteitagsrede«, in weiten Teilen rundweg »stark parteisozialistisch«.<sup>17</sup> Die Kommentare der Presse und Eindrücke der Anwesenden deckten also insgesamt je nach politischem Standort des Kommentators ein weites Spektrum der Bewertung ab.<sup>18</sup> Das galt mehr oder weniger auch für Eberts Rede nach seiner Wahl zum Reichspräsidenten am 11. Februar 1919, als er in dem Bekenntnis, als »Beauftragter des ganzen deutschen Volkes« zu handeln und »nicht als Vormann einer einzigen Partei«, das Leitmotiv seines Amtsverständnisses benannte.<sup>19</sup> Thomas Mann wertete in seinem Tagebuch die Rede mit den Worten, dass sie doch »wie ein erster Gehversuch nach dem Kollaps, wie Wiederkehr von Würde und Selbstgefühl« anmute.<sup>20</sup> Theodor Wolff kommentierte, dass Ebert »mit klarer, sicherer Stimme« sein Bekenntnis abgelegt habe, geprägt von »phrasenloser Vaterlandsliebe und mit redlicher Vernunft«.<sup>21</sup> Demgegenüber wiederholte Erkelenz sein Negativurteil über den Redner Ebert: »Seine Rede war sehr schwach. Handwerkliche Biederkeit. Nichts mehr. In weinseliger Stimmung soll er geistreicher sein.«<sup>22</sup>

An der weiten Spannbreite der Urteile über Eberts öffentliche Ansprachen sollte sich in seiner gesamten Amtszeit nichts ändern. Wir bewegen uns im Hinblick auf Stil und Wirkung der Reden Friedrich Eberts in seiner Zeit als Reichspräsident (1919–1925) insgesamt nur auf unsicherem Quellengrund. Wie Ebert redete, ist nicht zu erschließen, denn keine Rede ist »live« aufgenommen worden. Von ihm existiert nur ein einziges Tondokument: Es ist seine Rede zur Vereidigung auf die neue Reichsverfassung am 21. August 1919.<sup>23</sup> Es handelt sich dabei jedoch nicht um einen Mitschnitt seines Auftritts in der Nationalversammlung von Weimar, sondern um eine nachträgliche Aufzeichnung in einem

15 »Kölnische Volkszeitung« Nr. 105 vom 7. Februar 1919.

16 JONATHAN WRIGHT: Gustav Stresemann. Weimar's Greatest Statesman, Oxford 2002, S. 130 (deutsche Ausgabe: Gustav Stresemann 1878–1929. Weimars größter Staatsmann, München 2006, S. 139).

17 BarchK, N 1072, NL Anton Erkelenz 84, pag. 34 und pag. 37: Aufzeichnungen von Erkelenz am 6. und 7. Februar 1919.

18 Das Presseecho gesammelt in: BarchB, R 901 (Auswärtiges Amt)/55524.

19 Siehe Dok. 2.

20 Eintragung vom 12. Februar 1919; THOMAS MANN: Tagebücher 1918–1921. Hrsg. von PETER DE MENDELSSOHN, Frankfurt a. M. 21981, S. 149.

21 Artikel im »Berliner Tageblatt« vom 12. Februar 1919, in: WOLFF, Tagebücher, S. 824.

22 BarchK, N 1071, NL Erkelenz 84, pag. 45: Aufzeichnung vom 14. Februar 1919.

23 Zu dieser siehe Dok. 7 A.

Tonstudio einige Monate später<sup>24</sup>, wobei Ebert seine Rede – in der stenografisch erfassten Version<sup>25</sup> – vom Blatt abgelesen haben dürfte. Dabei hat er sich wohl einmal, so lässt sich der Aufnahme entnehmen, versprochen, so dass die Aufzeichnung neu angesetzt werden musste. Das Ganze klingt hölzern, abgelesen ohne Emphase, nüchtern vorgetragen ohne Betonung und ohne Verve. Dieses einzige Tondokument darf ob der besonderen Situation der nachträglichen Aufnahme nicht als Beleg für den Redestil Eberts herangezogen werden. Die Aufzeichnung lässt keine Rückschlüsse zu, wie das erste demokratische Staatsoberhaupt in der deutschen Geschichte öffentlich redete, welche Wirkung Art und Weise seines Vortragens besaß. Da ist man auf die Schilderung der Anwesenden und der Presse angewiesen. Und da spielt die politische Verortung der Quelle eine wichtige Rolle bei der Bewertung der Überlieferung.

Das Tondokument lässt nun nicht erahnen, dass der aus Heidelberg stammende Sattlergeselle Ebert seinen Aufstieg von einem unermüdlichen sozialdemokratischen Agitator im Bremen der Jahrhundertwende zu einem regionalen Arbeiterführer mit einem reichsweiten Bekanntheitsgrad neben seinem unbedingten Einsatz für die Arbeiterbewegung, seinem Organisationstalent und reicher sozialpolitischer Erfahrung auch seinem Redetalent zu verdanken hatte. Ebert erlangte in seiner Bremer Zeit (1891–1905) Popularität als Redner.<sup>26</sup> Auch die bürgerliche Bremer Presse konstatierte rückblickend: »Er durchdachte, was er sagen wollte, und hatte das natürliche Talent, es klar auf seine Weise überzeugend vorzutragen.« Er habe sich nicht in einem »schwülstigen Phrasendonner« ergötzt, sondern mit einer »einfachen Beredsamkeit« überzeugt.<sup>27</sup>

Wer den Arbeiter für die sozialdemokratischen Ideen gewinnen wollte, musste die Gabe der freien Rede haben; er brauchte die Fähigkeit, ohne ausformuliertes Manuskript die Zuhörer zu fesseln, und Durchhaltevermögen, um auch einmal eineinhalb Stunden in klirrender Kälte in einer nur durch ein Torfffeuer mäßig gewärmten Scheunendiele referieren zu können oder in einer kleinen Landgemeinde im Regen unter freiem Himmel, weil wieder einmal den »vaterlands-

24 Die Aufnahme entstand vermutlich am 12. Mai 1920 in der »Lautabteilung an der Preußischen Staatsbibliothek« für die »Stimmensammlung zur Autographensammlung Darmstaedter«. Demgegenüber hat Scheidemann die spätere Aufzeichnung seiner Verkündung der Republik vom Reichstag am 9. November 1918, seinem impulsiven Charakter entsprechend, sogleich mit einer dramatisierenden Darstellung der Vorgeschichte dieses für die weitere Entwicklung der Revolution zentralen Ereignisses angereichert.

25 Siehe dazu Dok. 7 A die Ergänzungen in der Rede im Vergleich mit dem Manuskript.

26 Siehe die Edition URSULA SCHULZ: Die Bremer Anfänge Friedrich Eberts. Eine Dokumentation, Bremen 1968.

27 Artikel anlässlich der Wahl zum SPD-Parteivorsitzenden in der »Weser-Zeitung« (Bremen) vom 24. September 1913, zitiert bei: DIETER K. BUSE: Friedrich Eberts Aufstieg in der Sozialdemokratie des Deutschen Kaiserreichs, in: RUDOLF KÖNIG/HARTMUT SOELL/HERMANN WEBER (Hrsg.): Friedrich Ebert und seine Zeit. Bilanz und Perspektiven der Forschung, München <sup>2</sup>1991, S. 35–53, hier S. 40.

losen Gesellen« kein Lokal zur Verfügung gestellt worden war.<sup>28</sup> Ebert konnte ein humorvoller, durchaus sehr ironisierender Redner sein. Seine Popularität fand Niederschlag in den Knittelversen des »Schelms von Bremen«.<sup>29</sup> So war der Multifunktionär ein häufiger Redner, auch auf den Feiern zum Ersten Mai in Bremen<sup>30</sup> und den umliegenden Orten. Die Rednertätigkeit war ein wesentliches Moment für seinen Aufstieg in der Partei. Als Mitglied des Parteivorstandes seit 1905 gehörten vornehmlich organisatorische Arbeiten zu seinen Aufgaben; das schloss die große Rede auf dem Parteitag nicht aus, wenn er zum Beispiel anstatt des kränkenden Parteivorsitzenden August Bebel 1908 in Nürnberg das Schlusswort des Parteivorstandes zur großen Kontroverse um die Budgetbewilligung hielt.<sup>31</sup>

Das änderte sich wohl schon in der Kriegszeit, als er sich öffentlich doch zurückhielt.<sup>32</sup> Vor Parteigenossen zu reden war etwas anderes als vor einer breiten Öffentlichkeit oder im Parlament. Ebert machte während der Kriegszeit seinen Weg zu einem Politiker von nationaler Bedeutung über die (Partei-)Organisation, nicht über den Auftritt in der Öffentlichkeit oder vor dem Reichstag. Mit dem Katapultieren in die staatliche Verantwortung am 9. November 1918 musste er für seinen Weg in der Revolutionszeit nicht nur öffentlich werben, sondern auch vor den Entscheidungsträgern, wie im Dezember 1918 auf dem Reichsrätekongress, als es um die Frage der Nationalversammlung ging.<sup>33</sup> Ebert konnte mit seinem nachdrücklichen Plädoyer eine große Mehrheit hinter den Beschluss bringen, am 19. Januar 1919 Wahlen zur Nationalversammlung abzuhalten. Der Augenzeuge Albert Grzesinski, später preußischer Innenminister, urteilt rückblickend: »Seine große Rede auf dem Rätekongreß für die Demokratie als zu-

28 Bericht über eine Versammlung mit Ebert in den »Nachrichten für Stadt und Land« (Oldenburg) Nr. 128 vom 5. Juni 1893.

29 U. a. mit den Zeilen: »Muthig auf den Plan tritt Ebert/Ei, wie hat es da gebebert«; in der »Bremer Bürger-Zeitung« Nr. 124 vom 30. Mai 1893.

30 Ebert war Festredner 1897, 1900, 1902 und 1904; Reden von 1900 und 1904 in EBERT, Schriften 1, S. 182 und S 241. 1910 kam Ebert, mittlerweile Sekretär im Parteivorstand, wieder als Mai-Redner ins Oldenburgische, diesmal nach Bant; »Bremer Bürger-Zeitung« Nr. 101 vom 2. Mai 1910.

31 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908 sowie Bericht über die 5. Frauenkonferenz am 11. und 12. September 1908 in Nürnberg, Berlin 1908 (Neudruck Berlin/Bonn 1982), S. 413 ff.

32 So hält sein Fraktionskollege Eduard David in seinem Tagebuch im Oktober 1918 fest, dass Ebert die »große öffentliche Rede« scheue; Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. In Verbindung mit ERICH MATTHIAS bearb. von SUSANNE MILLER, Düsseldorf 1966, S. 288.

33 Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte. Eingeleitet von FRIEDRICH HELM und PETER SCHMITT-EGNER. Unveränd. Neudruck der Ausgabe Berlin 1919, Glashütten im Taunus 1972, Spalte 3.

künftige Verfassung in Deutschland war eine gewaltige und weltgeschichtliche Leistung. Sie überzeugte die Teilnehmer des Kongresses und trug mit dazu bei, daß die Mehrheit für die Nationalversammlung eine so überwältigend große geworden ist.« Insgesamt sei Ebert, so der spätere Berliner Polizeipräsident, der in seinen Erinnerungen durchaus recht kritisch mit seinem Parteifreund umging, ein »sehr guter« Redner gewesen, der »immer glänzende und überzeugende Formulierungen« gefunden habe.<sup>34</sup>

Als Reichspräsident änderte sich Eberts Rolle; und dies kam schon in seiner Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung zum Ausdruck, die er als *primus inter pares* unter den Volksbeauftragten hielt. Auch als erster Mann im Staate erschien er nicht mehr als der wortgewaltige, die Massen in den Bann ziehende sozialdemokratische Spitzenfunktionär aus der Vorkriegszeit, sondern der überaus sachlich wirkende Mann, der der Bevölkerung das Bild eines ernsten, ja durch und durch biedereren Zeitgenossen bot.

Ebert war – so der sozialdemokratische Journalist und vormalige Reichstagsabgeordnete Hermann Wendel – kein »Raketen abbrennender Plauderer, kein Präger geflügelter Worte, auch kein Meister der geschliffenen Rede wie Scheidemann«<sup>35</sup>, der wiederum seine Karriere innerhalb und die Anerkennung außerhalb der Partei vor allem auch seinem weithin bekannten Talent der öffentlichen Rede zu verdanken hatte. Ebert war demgegenüber als Mitglied des SPD-Vorstandes und als Vorsitzender mehr der Parteiarbeiter, nicht der Volkstribun. Seine Fähigkeit der freien impulsiven Rede ließ der Reichspräsident nur selten spüren. Nur wenige Fotos vom Redner Ebert lassen seine Wortkraft oder einen energischen, impulsiven Redestil erahnen.<sup>36</sup> Leidenschaft, Spontaneität und Impulsivität scheint er nur bei wenigen Reden an den Tag gelegt zu haben. Dies lässt sich konstatieren, bei aller Vorsicht, da Tonaufnahmen eben fehlen, so die Art des Vortragens nicht »hörbar« und ein Vergleich zwischen Manuskript und tatsächlicher Rede nur in ganz wenigen Fällen möglich ist. Es will scheinen, dass Ebert in seiner Rede manch gestelzte Formulierung des Manuskripts vereinfachte und manchen aufgeschriebenen Schachtelsatz in Einzelsätze zerlegte. So dürften Vorlagen in einfacherem Sprachstil wohl eher dem Gesagten denn dem Aufgeschriebenen entsprechen.

Eberts Ansprachen basierten in der überwiegenden Mehrheit auf ausgefeilten Manuskripten, an denen er aber keineswegs immer klebte. DDP-Minister Eugen Schiffer attestierte dabei dem Reichspräsidenten die Fähigkeit, den An-

34 ALBERT GRZESINSKI: Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten. Hrsg. von EBERHARD KOLB, München 2009, S. 96.

35 HERMANN WENDEL: Rund um Ebert, in: »Die Glocke« Nr. 31 vom 30. Oktober 1922, S. 793–796, hier S. 794.

36 Etwa bei den Fotos von seiner Rede in Königsberg (»Das Illustrierte Blatt« Nr. 41 vom 5. Oktober 1919) oder von der Kundgebung in Hamm (»Die Woche« Nr. 13 vom 13. März 1923).

schein des freien Vortrags zu vermitteln: »Ebert besitzt übrigens die Gabe, aus dem Manuskript einer Rede dergestalt vorzulesen, dass es so aussieht, als ob er frei spräche. Er unterbricht sich, verbessert sich in irgendeinem Wort, blickt um sich und gibt sich völlig so, als ob er nicht an die Niederschrift gebunden wäre. Auch beobachtet er die Hörschaft sehr genau.«<sup>37</sup>

Aus der Überlieferung ist ersichtlich, dass er einige Redeentwürfe eigenhändig zu Papier brachte, diese mitunter von seinem Stab oder aber Ministerien in Augenschein genommen und geändert wurden, dass aber Ebert dann letztendlich Hand anlegte, den Vorschlägen aus seinem Haus oder dem zuständigen Ministerium folgte – oder manchmal eben auch nicht. So nahm er sich durchaus die Freiheit, Entwürfe von anderen zu redigieren. Wenn ihm eine Vorlage gänzlich gegen den Strich ging, so griff er substantiell ein. Markantes Beispiel: Für die Begrüßung des sowjetrussischen Botschafters Nikolai N. Krestinskij Anfang August 1922 strich er den in der Vorlage des Auswärtigen Amtes vorgeschlagenen Passus, wonach der Rapallo-Vertrag »die Zustimmung weiter Kreise des deutschen Volkes gefunden« habe. Dem Außenamt war wohl nicht mehr erinnerlich, dass gerade Ebert zu den heftigsten Kritikern des knapp dreieinhalb Monate zuvor abgeschlossenen Vertrages von Rapallo gehörte. Er zählte nun gewiss nicht zu denen, die diese Übereinkunft zwischen Berlin und Moskau wärmstens begrüßt hatten.<sup>38</sup> Insgesamt aber scheint es, soweit nachweisbar, zu keinen größeren Differenzen zwischen den beteiligten Ministerien und dem Präsidialbüro bei der Entwicklung von Reden des Reichspräsidenten gekommen zu sein. Ebert hielt sich zudem mit prononcierten eigenen Wertungen zu aktuellen Tagesfragen zurück, so dass seine öffentlichen Worte nicht zum Disput mit der Reichsregierung führten oder die Regierung in Zwangslagen versetzte wie die rhetorischen Entgleisungen und Eigenwilligkeiten Wilhelms II.<sup>39</sup> Nur einmal sorgten öffentliche Äußerungen Eberts zu Irritationen in der Berliner Regierung, und zwar spontane Worte vor Gewerkschaftsvertretern in Freudenstadt im September 1920.<sup>40</sup> Kleinere Differenzen um einzelne Formulierungen in der Vorbereitung der Reden zwischen den zuständigen Ministerien und Eberts Büro waren ohne Bedeutung für das Binnenverhältnis Reichspräsident und Reichsregierung.

37 BarchK, N 1191, NL Eugen Schiffer 2, pag. 20.

38 Siehe Dok. 101. Vgl. mit weiteren Verweisen: MÜHLHAUSEN, Ebert – Reichspräsident, S. 486 ff. (zu Eberts Haltung bzgl. Rapallo) und S. 857 (für den Entwurf der Rede bei der Akkreditierung Krestinskijs).

39 Für dessen Reden vgl. MICHAEL A. OBST: »Einer nur ist Herr im Reiche«. Kaiser Wilhelm II. als politischer Redner, Paderborn 2010, S. 412 f.; einige in: MICHAEL A. OBST (Hrsg.): Die politischen Reden Kaiser Wilhelms II. Eine Auswahl, Paderborn 2011.

40 Siehe Dok. 27.

## DOKUMENT 1

**Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung**

Weimar, 6. Februar 1919

*Am 6. Februar 1919 gegen 15:15 Uhr eröffnete Friedrich Ebert in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten<sup>1</sup> die Nationalversammlung im Theater von Weimar, später Nationaltheater genannt.<sup>2</sup> Die Wahlen am 19. Januar hatten folgendes Ergebnis erbracht: SPD 37,9 Prozent; USPD 7,6; DDP 18,5; Zentrum 19,7; DVP 4,4; DNVP 10,3. Auch wegen der anhaltenden Unruhen in Berlin hatte der Rat der Volksbeauftragten beschlossen, die Nationalversammlung nach Weimar zu berufen.<sup>3</sup>*

*[Parlamentsprotokoll<sup>4</sup>]*

Meine Damen und Herren,  
die Reichsregierung begrüßt durch mich die Verfassunggebende Versammlung der deutschen Nationen. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum erstmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen.<sup>5</sup> Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen.

(Bravo!)

In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft.

- 1 Der am 10. November 1918 gebildeten revolutionären Übergangsregierung gehörten nach dem Austritt der USPD-Mitglieder – Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth – am 29. Dezember 1918 nachfolgend nur noch Vertreter der SPD an: Zu den bisherigen Mitgliedern Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg traten Gustav Noske und Rudolf Wissell.
- 2 Vgl. für die zeitgenössischen Kommentare zur Eröffnung und insbesondere zur Auftaktrede Eberts: MÜHLHAUSEN, Ebert – Reichspräsident, S. 165 ff.; die Rede Eberts in einer gekürzten Übersetzung auch in der französischen Zeitung »Le Figaro« Nr. 38 vom 7. und Nr. 39 vom 8. Februar 1919.
- 3 Diesbezüglicher Beschluss der Revolutionsregierung vom 20. Januar 1919 in: Die Regierung der Volksbeauftragten 2, S. 283.
- 4 Verh. NV, Bd. 326 (StB), S. 1 ff.; Rede komplett vielfach in der Tagespresse, u. a. im »Vorwärts« Nr. 69 vom 7. Februar 1919, mit wenigen geringfügigen Fehlern in EBERT, Schriften 2, S. 148–156.
- 5 Mit dem Aufruf vom 12. November 1918 hatte der Rat der Volksbeauftragten das (aktive und passive) Frauenwahlrecht verkündet, das dann auch in der Verordnung über die Wahlen zur Nationalversammlung vom 30. November festgeschrieben worden war; beide in HUBER (Hrsg.), Dokumente 4, S. 6 f. und S. 37. Unter den insgesamt 423 Abgeordneten der Nationalversammlung befanden sich schließlich 37 Frauen (8,7 Prozent), davon allein 19 in der SPD (von 165).

(Zustimmung links. – Lebhafter Widerspruch rechts.)

Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung lassen sich die unaufschiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärts bringen, ohne das Reich und sein Wirtschaftsleben zugrunde zu richten.

(Sehr wahr! links.)

Deshalb begrüßt die Reichsregierung in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland.

(Bravo! links.)

Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei.

(Bravo! links. – Widerspruch rechts.)

Wir verwehren niemandem eine sentimentale Erinnerungsfeier. Aber so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit hat, so gewiß sind die alten gottgegebenen Abhängigkeiten für immer beseitigt.

(Lebhafter Beifall links.)

Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst.

(Bravo! Links.)

Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Halt, an dem es aus dem Blutsumpf des Krieges und der Niederlage sich wieder herausarbeiten kann.

Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution.

(Sehr wahr! Links. – Lebhafter Widerspruch rechts.)

Meine Damen und Herren, es war die Kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte.<sup>6</sup>

6 Max von Baden (1867–1929), badischer Thronfolger, 3. Oktober–9. November 1918 preußischer Ministerpräsident, Reichskanzler und Minister des Auswärtigen der letzten kaiserlichen Regierung. Die erste parlamentarische Regierung hatte am 6. November beschlossen, spätestens zum 8. November Waffenstillstandsverhandlungen aufzunehmen; vgl. Die Regierung des Prinzen Max von Baden, bearb. von ERICH MATTHIAS und RUDOLF MORSEY, Düsseldorf 1962, S. 556 f. Am 11. November, also nachdem der Rat der Volksbeauftragten die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, trat der im Wald von Compiègne u. a. von Matthias Erzberger für die deutsche Seite unterzeichnete Waffenstillstand in Kraft, der mit seinen harten Bedingungen jede Wiederaufnahme der Kampfhandlungen unmöglich machte und der daher in Deutschland weithin als Unterwerfung empfunden wurde.



(Zurufe.)

Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln.

(Sehr richtig! links.)

Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben.

(Sehr wahr! links.)

Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot.

(Widerspruch rechts.)

Die Tatsache, daß wir durch die Hungerblockade Hunderttausende von Menschenleben verloren haben, daß ihr Hunderttausende von Männern, Frauen, Kindern und Greisen zum Opfer gefallen sind<sup>7</sup>, widerlegt die Redensart, daß wir ohne die Revolution mit unsern Lebensmitteln ausgereicht hätten.

(Widerspruch rechts.)

Niederlage und Lebensmittelnot haben uns den gegnerischen Mächten ausgeliefert.

Aber nicht nur uns, auch unsere Gegner hat der Krieg ungeheuer erschöpft. Aus dem Gefühl der Erschöpfung bei unseren Gegnern entspringt ihr Bestreben, sich schadlos zu halten am deutschen Volke, wird der Ausbeutungsgedanke in das Friedenswerk hineingetragen. Diese Rache- und Vergewaltigungspläne fordern den schärfsten Protest heraus.

(Bravo!)

Das deutsche Volk kann nicht auf 20, 40 oder 60 Jahre zum Lohnsklaven anderer Länder gemacht werden. Das furchtbare Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gutgemacht werden durch Handinhandgehen der Völker. Angesichts des Massenelends auf allen Seiten erscheint die Schuld beinahe klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Aber man soll nicht diejenigen strafen, die selbst Opfer waren, Opfer des Krieges, Opfer unserer früheren Unfreiheit.

7 Im Dezember 1918 hatte das Reichsgesundheitsamt eine Denkschrift über die Folgen der alliierten Blockade vorgelegt, in der die Zahl der Toten aufgrund der Blockade seit 1915 mit 762.796 Personen angegeben wurde; Schädigung der deutschen Volkskraft durch die feindliche Blockade. Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes, Dezember 1918, S. 16.

Weshalb haben nach ihren eigenen Zeugnissen unsere Gegner gekämpft? Um den Kaiserismus zu vernichten. Es gibt ihn nicht mehr, er ist für immer erledigt. Die Tatsache dieser Nationalversammlung selbst zeigt es. Sie haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören. Er ist in Trümmer gestürzt und wird nicht wieder erstehen.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Für Gerechtigkeit, Freiheit und einen Dauerfrieden haben unsere Gegner nach ihren feierlichen Proklamationen kämpfen wollen. Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart und schonungslos durchgeführt worden. Elsaß wird ohne weiteres als französisches Land behandelt. Die von uns ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung sind widerrechtlich verhindert worden.<sup>8</sup>

(Hört! hört! und Pfuirufe.)

Die Deutschen werden aus dem Lande getrieben,

(erneute Pfuirufe)

der deutsche Besitz sequestriert. Das besetzte linksrheinische Gebiet wird vom übrigen Deutschland abgeschlossen und getrennt.<sup>9</sup> Die Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages, daß keine öffentlichen Werte verschleudert werden sollen<sup>10</sup>, wird ungeheuerlich auszuweiten versucht zu einer allgemeinen geldwirtschaftlichen Versklavung des deutschen Volkes.

Während wir längst außerstande und ohne Aussicht sind, den Waffengang zu erneuern, werden unsere 800.000 Kriegsgefangenen noch immer zurückgehalten,

(erregte Pfuirufe)

sind vom seelischen Zusammenbruch und harter Zwangsarbeit aufs schwerste bedroht.

(Erneute erregte Zurufe.)

Aus diesen Akten alter Gewaltpolitik spricht kein Geist der Versöhnlichkeit.

(Lebhafte Zustimmung.)

8 Frankreich hatte am 24. Dezember 1918 das Verbot von Wahlen im ehemaligen Reichsland Elsass-Lothringen verfügt.

9 Gemäß Waffenstillstandsabkommen waren die von deutschen Truppen geräumten linksrheinischen Teile Deutschlands von den Siegermächten besetzt worden.

10 Gemeint sein dürfte der Passus in Art. 19 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918, wonach während des Waffenstillstandes keine öffentlichen Werte beseitigt werden durften, die den Alliierten als Sicherheit für die Deckung der Kriegsschäden hätten dienen können.

Die Waffenstillstandsbedingungen wurden damit begründet, daß sie dem alten Regime der Hohenzollern auferlegt waren. Wie will man es rechtfertigen, daß man sie der jungen sozialistischen Republik fortdauernd verschärft, obwohl wir alle Kräfte einsetzen, den uns auferlegten schwerdrückenden Verpflichtungen gerecht zu werden! Wir warnen die Gegner, uns nicht zum Äußersten zu treiben.

(Sehr richtig!)

Wie General Winterfeldt könnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten<sup>11</sup>

(Beifall und Zustimmung)

und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschieben.

(Unruhe und Zurufe.)

Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhungern und Schmach. Auch eine sozialistische Volksregierung und gerade diese muß daran festhalten: lieber ärgste Entbehrung als Entehrung.

(Stürmischer Beifall.)

Wenn zu den Millionen, die im Kriege alles verloren haben und nichts mehr zu verlieren fürchten, auch diejenigen kämen, die glaubten, Deutschland habe nichts zu verlieren, dann wird sich unwiderstehlich die Taktik der Verzweiflung durchsetzen.

Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt gebe man uns den Wilson-Frieden, auf den wir Anspruch haben.<sup>12</sup>

(Bravo!)

Unsere freie Volksrepublik, das ganze deutsche Volk erstrebt nichts anderes, als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten und sich dort durch Fleiß und Tüchtigkeit eine geachtete Stellung zu erwerben.

(Bravo!)

11 Detlof von Winterfeldt (1867–1940), Generalmajor, 1917/18 Vertreter der OHL beim Reichskanzler, dann Mitglied bei der Waffenstillstandskommission. Er hatte am 24. Januar 1919 aus Protest gegen die Ankündigung der Franzosen, Gebiete östlich von Straßburg zu besetzen, seinen Rücktritt als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission angekündigt; vgl. Die Regierung der Volksbeauftragten 2, S. 349.

12 Woodrow Wilson (1856–1924), 1913–1921 28. Präsident der USA, Demokratische Partei, hatte in seinen am 8. Januar 1918 im Kongress verkündeten »Vierzehn Punkten« ein umfassendes Friedensprogramm entwickelt, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker als einem zentralen Wert; die Vierzehn Punkte in: Ursachen und Folgen 2, S. 374 ff.

Deutschland kann der Welt noch vieles leisten. Ein Deutscher hat den Arbeitern aller Länder den wissenschaftlichen Sozialismus geschenkt.<sup>13</sup> Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, indem wir dem Sozialismus dienen, der allein Dauer haben kann, der den Wohlstand und die Kultur des Volkes hebt, dem Sozialismus der werdenden Wirklichkeit. Wir wenden uns deshalb noch einmal an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, durch Vergewaltigung unseres Volkes und unserer Wirtschaft nicht zu vernichten, was sich trotz alledem hoffnungsvoll bei uns anbahnt. Das deutsche Volk hat sich sein Selbstbestimmungsrecht im Innern erkämpft. Es kann es jetzt nach außen nicht preisgeben.

Wir können auch nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reichs zu einigen.

(Bravo!)

Unsere deutsch-österreichischen Brüder haben auf ihrer Nationalversammlung bereits am 12. November vorigen Jahres sich als Teil der großdeutschen Republik erklärt.

(Beifall.)

Jetzt hat die deutsch-österreichische Nationalversammlung erneut unter stürmischer Begeisterung uns ihren Gruß entboten und die Hoffnung ausgesprochen<sup>14</sup>, daß es unserer und ihrer Nationalversammlung gelingen wird, das Band, das die Gewalt 1866 zerrissen hat<sup>15</sup>, wieder neu zu knüpfen.

(Erneuter Beifall.)

13 Gemeint ist der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und Ahnherr der Sozialdemokratie Karl Marx (1818–1883).

14 Ebert nimmt hier Bezug auf das von der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich am 12. November 1918 verabschiedete »Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich«, in dem es in Art. 2 heißt: »Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.« In einer Kundgebung vom 4. Februar 1919 anlässlich des Zusammentritts der Weimarer Nationalversammlung hatte das Wiener Parlament die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, »daß es der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung im Verein mit der deutschösterreichischen Volksvertretung gelingen wird, das Band, das die Gewalt im Jahre 1866 zerrissen hat, wieder zu knüpfen, die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes zu verwirklichen und Deutschösterreich mit dem deutschen Mutterlande für alle Zeiten zur vereinigen«; Stenographische Protokolle über die Sitzungen der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich. 1918 und 1919. I. Bd., Wien 1919, S. 61 ff. und S. 581.

15 Nach dem Sieg Preußens im Deutschen Krieg von 1866 gegen den von Österreich geführten Deutschen Bund war mit der Gründung des Norddeutschen Bundes die kleindeutsche Lösung mit preußischer Hegemonie und dem Ausschluss Österreichs zementiert worden.

Deutsch-Österreich müsse mit dem Mutterland für alle Zeiten vereinigt werden.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich bin sicher, im Sinne der gesamten Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich diese historische Kundgebung aufrichtig und voll Freude begrüße

(lebhafteste Zustimmung)

und sie mit gleicher, herzlicher Brüderlichkeit erwidere.

(Erneuter Beifall.)

Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen.

(Lebhaftes Bravo.)

Sie gehören zu uns, und wir gehören zu ihnen.

(Wiederholter Beifall.)

Ich darf auch wohl die Erwartung aussprechen, daß die Nationalversammlung die künftige Reichsregierung ermächtigt, baldigst mit der Regierung des deutsch-österreichischen Freistaates über den endgültigen Zusammenschluß zu verhandeln. Dann soll kein Grenzpfahl mehr zwischen uns stehen. Dann wollen wir sein ein einig Volk von Brüdern.<sup>16</sup>

(Lebhafter Beifall.)

Deutschland darf nicht wieder dem alten Elend der Zersplitterung und Verengung anheimfallen.

(Bravo!)

Geschichte und Anlage hemmen zwar einen straff zentralisierten Einheitsstaat zu bilden. Viele Stämme und viele Dialekte sind in Deutschland vereinigt, aber sie müssen zu einer Nation und einer Sprache zusammenklingen.

(Lebhafter Beifall.)

Die Abgrenzung zwischen Reichsrecht und Stammesrecht mag im einzelnen umstritten bleiben. Im Großen müssen wir uns aber alle einig sein, daß nur eine

16 Der Anschluss Österreichs wurde schließlich durch die Friedensverträge von Versailles und St. Germain untersagt; siehe Dok. 5 C mit Anm. 16.

ungehemmte einheitliche Entwicklungsmöglichkeit unseres Wirtschaftslebens, ein politisch aktionsfähiges, festgefügt, einiges Deutschland die Zukunft unseres Volkes sicherstellen kann.

(Bravo!)

In diesem starken deutschen Volksstaat soll jeder Stamm seine wertvollsten Eigenschaften frei zu schöner Blüte entfalten können. Nur so können wir hoffen, aus all dem Drang und all der Not der Zeit den Aufstieg zu den Höhen der Menschheit wiederzufinden.

Eine Nationalversammlung, die einer Regierung die unanfechtbare Legitimation gibt, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu handeln, fördert schon dadurch den Frieden nach außen und innen in hohem Maße.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, die provisorische Regierung hat eine sehr üble Herrschaft<sup>17</sup> angetreten. Wir waren im eigentlichsten Wortsinne die Konkursverwalter des alten Regimes:

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

Alle Scheuern, alle Läger waren leer, alle Vorräte gingen zur Neige, der Kredit war erschüttert, die Moral tief gesunken. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte,

(Lachen rechts)

– gestützt und gefördert vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte<sup>18</sup>

(lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten – Unruhe rechts)

unsere beste Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu bekämpfen. Wir haben der Nationalversammlung nicht vorgegriffen. Aber wo Zeit und Not drängten, haben wir die dringlichsten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen uns bemüht.

(Zurufe rechts.)

17 In der von Eduard Heilfron 1919 besorgten Edition der Reden in der Nationalversammlung 1919 findet sich statt der Worte »üble Herrschaft« die Redewendung »üble Erbschaft«, was korrekt sein dürfte; Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919, hrsg. von EDUARD HEILFRON, Berlin 1919, Bd. 1, Hauptteil, S. 7. Ebenso »Erbschaft« im »Vorwärts« Nr. 69 und in der »Vossischen Zeitung« Nr. 69, beide vom 7. Februar 1919; in der Edition EBERT, Schriften 2, S. 154, jedoch »üble Herrschaft«.

18 Der »Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik« war auf dem ersten Reichsrätekongress am 19. Dezember 1918 gebildet worden. Der quasi parlamentarischen Körperschaft aus 27 Vertretern als Spitze aller Arbeiter- und Soldatenräte gehörten nur Mehrheitssozialdemokraten an.

Wir haben alles getan, um das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen.

(Wiederholte Zwischenrufe rechts.)

Meine Herren, gestatten Sie mir diese Zwischenbemerkung: Diese fortgesetzten Unterbrechungen lassen wahrlich erkennen, daß Sie in dieser schweren Zeit, die Deutschland in den letzten Monaten durchgemacht hat, herzlich wenig gelernt haben.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Ich sage noch einmal: wir haben alles getan – und Sie (nach rechts) wissen offenbar gar nicht, was zu tun notwendig war –,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Wenn der Erfolg nicht unseren Wünschen entsprach, so müssen die Umstände, die das verhinderten, gerecht gewürdigt werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Viele Unternehmer haben, verwöhnt durch den großen nationalen Markt der Kriegswirtschaft und die hohen sicheren Gewinne, die der alte monarchisch-militaristische Staat ihnen einräumte, verlernt, die notwendige Initiative zu entfalten.

(Sehr gut!)

Wir richten deshalb an die Unternehmer den dringenden Appell, die Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern.

Auf der anderen Seite rufen wir die Arbeiterschaft auf, alle Kräfte anzuspannen zur Arbeit, die allein uns retten kann.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.– Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben Verständnis für die seelischen Stimmungen derer, die nach übermäßiger Kraftausgabe in der Kriegszeit jetzt eine Entspannung suchen. Wir wissen, wie schwer es denen ist, die jahrelang im Felde gelebt haben, sich wieder in das friedliche Arbeitsleben hineinzufinden. Aber es muß sein! Wir müssen arbeiten und Werte schaffen, sonst gehen wir zugrunde.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Zuruf rechts.)

Sozialismus ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn die Produktion eine genügend hohe Stufe der Arbeitsleistung innehält.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

nicht Eigenmächtigkeit, Egoismus und Zerstörung.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch der alte Staat hätte es nicht vermeiden können, zur Deckung der ungeheuren Kriegsschulden die Staatswirtschaft weiter auszudehnen. In der Zeit der allgemeinen Not darf es für Privatmonopole und mühelosen Kapitalprofit keinen Raum mehr geben.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wollen planmäßig den Profit dort ausschalten, wo die wirtschaftliche Entwicklung ein Gewerbe zur Vergesellschaftlichung reif gemacht hat.

Sorgenvoll blickt uns die Zukunft an. Wir vertrauen aber trotz alledem auf die unverwüstliche Schaffenskraft der deutschen Nation. Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung sind für immer zerbrochen. Die preußische Hegemonie, das Hohenzollernsche Heer, die Politik der schimmernden Wehr sind bei uns für alle Zukunft unmöglich geworden. Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848<sup>19</sup>,

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der Wilhelminischen Aera das Lassallesche Wort, daß die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über sie hinweggeflogen seien.<sup>20</sup> Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen.

19 Am 18. März 1848 hatte es in Berlin Straßen- und Barrikadenkämpfe zwischen den für Freiheitsrechte demonstrierenden Bürgern und dem Militär gegeben, bei denen über 300 Tote zu beklagen waren. Die SPD hatte im Kaiserreich den 18. März stets als Tag der Erinnerung an die demokratische Freiheitsbewegung begangen.

20 Ferdinand Lassalle (1825–1864), ein Gründungsvater der deutschen Sozialdemokratie, Hauptinitiator und Präsident des »Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins«. Das Zitat ließ sich in den veröffentlichten Arbeiten von Lassalle nicht finden. Doch bezog sich bereits 1908 der Sozialdemokrat Karl Korn (1865–1942) in seinem Artikel »Proletariat und Klassik« im »Feuilleton der Neuen Zeit« auf dieselbe Äußerung Lassalles: »Von Lassalle hörten wir, daß der Zug der großen Dichter und Denker wie ein Schwarm von Kranichen über dem deutschen Bürgertum hinweggerauscht, daß aber das Proletariat seiner historischen Idee nach berufen sei, das von der Bourgeoisie verwirkte Erbe der geistigen Heroen anzutreten.« »Feuilleton der Neuen Zeit« 26/II (1907/08), Nr. 5 und 6 vom 19. Juni 1908, S. 409–418, hier S. 414.



(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. – Bravo! bei der Deutschen Demokratischen Partei.)

Wir müssen die großen Gesellschaftsprobleme in dem Geiste behandeln, in dem Goethe sie im zweiten Teil des Faust und in Wilhelm Meisters Wanderjahren erfaßt hat: Nicht ins Unendliche schweifen und sich nicht im Theoretischen verlieren. Nicht zaudern und schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen!

»Denn der Mensch, der zur schwanken Zeit auch  
schwankend Gesinnung ist,  
Der vermehrt das Übel und leitet es weiter und weiter.  
(Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)  
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.«<sup>21</sup>

(Lebhaftes Bravo links.)

So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern

(lebhafter Beifall links)

und sie mit wahren sozialen Geist und sozialistischer Tat zu erfüllen.

(Erneuter Beifall links.)

So wollen wir wahr machen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat: »Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.«<sup>22</sup>

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten und links.)

21 Das Zitat stammt weder aus dem zweiten Teil des Dramas »Faust« noch aus dem Roman »Wilhelm Meisters Wanderjahre«, sondern aus Goethes 1797 erschienenem Epos »Hermann und Dorothea«, dort im Kapitel »Urania«, von Ebert leicht abgewandelt.

22 Johann Gottlieb Fichte (1762–1814), Pädagoge (Hauslehrer) und Philosoph (Professor für Philosophie).

Das Zitat ist so bei Fichte nicht nachweisbar. Sinngemäß hat Fichte sich in dem 1813 erschienenen Werk »Die Staatslehre« in dieser Form geäußert; vgl. GUSTAV RADBRUCH: Staat und Verfassung. Bearb. von HANS-PETER SCHNEIDER (Gustav Radbruch Gesamtausgabe, Bd. 14), Heidelberg 2002, S. 195, Anm. 30.